

Die Vorsitzende des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden Telefon (0611) 31-3314

Telefon (0611) 31-3314 Telefax (0611) 31-3902 Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 17.10.2019

- Den Mitgliedern des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
- 2. Den Fraktionen
- 3. Dem Magistrat
- 4. Nachrichtlich

Frau Stadtverordnetenvorsteherin

ACHTUNG GEÄNDERTER SITZUNGSORT

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am Dienstag, 22. Oktober 2019, um 17:00 Uhr, Agentur für Arbeit Wiesbaden, Klarenthaler Str. 34, Raum 716 (7. Stock) Seiteneingang über Parkdeck Kurt-Schumacher-Ring

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2019

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

2. 19-A-54-0006

Vorstellung der Agentur für Arbeit Wiesbaden durch Herrn Stephen Spieker - Geschäftsführer Operativ

3. 19-A-54-0007

Vorstellung der Verbraucherzentrale Hessen e.V. - Beratungsstelle Wiesbaden

Bereich Frauen:

4. 19-F-08-0077

Zuschussgewährung für pro familia im laufenden Jahr

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 16.10.2019

pro familia war bis Mitte 2018 Träger der Beratungsstelle BIZeps. Zum 1.7.2018 endete die Trägerschaft. Die Landeshauptstadt Wiesbaden informierte pro familia im September dieses Jahres, dass die Fördersumme für 2019 nur abzüglich der Personalkosten für die Beratungsstelle BIZeps ausgezahlt werden könne, da pro familia nicht mehr Träger dieses Projektes sei.

Die Einsparungen durch den Wegfall der Personalkosten für die Täterarbeit im Rahmen von BIZeps werden jedoch von pro familia anderweitig für tatsächlich anfallende Personalkosten benötigt.

Gründe hierfür sind:

- a. Keine Erhöhung der Fördersumme seit 2016 (in 2016 fand eine Kürzung um 25.000 Euro statt)
- b. Personalkostensteigerung gemäß Tarifbindung (entsprechend TVH) neue Mitarbeiter*innen erreichen, bedingt durch die Berufserfahrung, höhere tarifliche Einstufungen
- c. Tariferhöhungen für die Jahre 2016 2019

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert sicher zu stellen, dass pro familia trotz Wegfall der Leistung "BIZeps" den vereinbarten Förderbetrag zur Aufrechterhaltung ihrer Arbeit weiterhin erhält.

5. 19-F-08-0078

Umsetzung des "Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention)"

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 16.10.2019

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

2011 hat Deutschland in Istanbul die Europarats-Konvention "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im Sprachgebrauch "Istanbul Konvention" genannt) unterzeichnet.
Ratifiziert wurde diese von der Bundesregierung im Oktober 2017. Am 1. Februar 2018 ist die Istanbul-Konvention in Kraft getreten. Sie ist in den Kommunen umzusetzen. In Bezug auf Prävention, Intervention, finanzieller und personeller Ausstattung von Schutzhäusern und Hilfsangeboten, Opferschutz, Einbindung der Zivilgesellschaft, Weiterbildung, Dokumentation, Monitoring u.v.m. enthält die Konvention auch Maßnahmen, die verpflichtend umzusetzen sind.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge zu folgenden Fragen berichten:

Welche Maßnahmen, die laut der Istanbul Konvention von den Kommunen um zu setzen sind, sind in der Landeshauptstadt Wiesbaden bereits erfolgt?

Welche werden davon durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (auch finanziell) direkt unterstützt?

Sind die finanziellen Mittel für diese Maßnahmen auch in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden? Wenn ja, mit welchen Beträgen?

Welche Maßnahmen werden vom Land Hessen im Hinblick auf die Istanbul Konvention gefördert?

Der Magistrat möge diese Fragen vor den Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 5. und 6.November 2019 beantworten.

6. 19-V-02-8009

DL 57/19-3, 56/19-1, 53/19-2

Fachkräftepakt Hebammenausbildung 2020

7. Aktuelles aus dem kommunalen Frauenreferat

Bereich Wirtschaft:

8. 19-F-03-0022 ANLAGE

Umwelt- und klimafreundlich feiern - Nachhaltigkeitskonzept für Wiesbadener Feste

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.09.2019
- Überweisungsbeschluss Nr. 380 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2019
- Beschlussentwurf Nr. 155 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 15.10.2019

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

9. 19-F-01-0014 ANLAGE

Gemeinsam umwelt- und klimafreundlich feiern - Die Landeshauptstadt als Partnerin der Vereine und Verbände.

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 12.09.2019
- Überweisungsbeschluss Nr. 391 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2019
- Beschlussentwurf Nr. 156 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 15.10.2019

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 18-F-08-0056 ANLAGE

Sachstandsbericht über den Einsatz von Leiharbeitskräften

- Bericht des Oberbürgermeisters vom 29.08.2019 -

2. 19-V-01-0039 ANLAGE

Troncmittel für den Bereich Frauen

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 22.10.2019 -

3. 19-V-11-0002 DL 55/19-7, 52/19-6

Maßnahmen zur aufwandgerechten gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabenwahrnehmung der Frauenbeauftragten nach § 17 Hess. Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) für die Dienststelle Stadtverwaltung Wiesbaden

4. 19-V-20-0040 DL 46/19-3

Investitionscontrolling 2019 zum Stichtag 01.08.2019

5. 19-V-31-0009 DL 46/19-4

Geschäftsbericht Präventionsrat der Landeshauptstadt Wiesbaden 2018

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 22. Oktober 2019

6. 19-V-51-0041 DL 50/19-3

Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in der WJW

7. 19-V-66-0301 DL 49/19-4

Einfahrtssperranlagen für die Fußgängerzone und Veranstaltungsflächen, Bericht und Darstellung von Alternativen; Beschluss des Magistrates Nr. 0596 vom 12.09.2017

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schuchalter-Eicke Vorsitzende